

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtvant — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassettkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtschlüssel: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswitz, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg., Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 284

Bad Schandau, Dienstag, den 6. Dezember 1927

71. Jahrgang

Zusammentritt des Völkerbundes

Hohe Politik in Genf.

Die litauische Frage.

Montag früh kurz nach 11 Uhr trat der Völkerbund unter dem Vorsitz des chinesischen Botschafters in Paris, Tscheng Koh, zunächst in einer nichtöffentlichen Sitzung zu seiner 48. Tagung zusammen. Nach der Regelung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten bildete die polnisch-litauische Streitfrage, über die der litauische Ministerpräsident Waldemaras am Sonntag noch eine zweistündige Unterredung mit Litwinow hatte, den Gegenstand der weiteren Aussprache. Aus nichtöffentlicher Sitzung verläutet, daß auf Chamberlains Antrag beschlossen wurde, die Behandlung des ungarisch-rumänischen Ökonomiekonfliktes zu verlagern. Der ungarische Vertreter, Graf Apponyi, habe seine Zustimmung zur Vertagung erklärt. Im weiteren Verlauf der nichtöffentlichen Sitzung wurde der bisherige Direktor der Minderheitenabteilung des Völkerbundes, der Norweger Colban, zum neuen Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundes ernannt.

Der geschlossenen Sitzung folgte eine kurze öffentliche, die aber ohne wesentliche Beschlüsse beendet wurde. Dienstag findet eine zweite öffentliche Sitzung statt. Der Nachmittag wurde von den Ratmitgliedern zu Besprechungen benutzt. Reichsaußenminister Dr. Stresemann sah den polnischen Außenminister Zaleski und den litauischen Ministerpräsidenten Waldemaras bei sich und unterhielt sich mit ihnen über die geplante Regelung des polnisch-litauischen Streites.

Russisch-britische Annäherung.

Litwinow bei Chamberlain.

Den Hauptgegenstand des Interesses bildete am Montag die Nachricht von der für den Nachmittag vorgesehenen Unterredung des Sowjetvertreters Litwinow mit dem englischen Außenminister Chamberlain. Die englische Delegation gab darüber folgende Mitteilung aus: „Auf Ersuchen des Herrn Litwinow wird Sir Austen Chamberlain den russischen Delegationsführer heute nachmittag empfangen.“ Die Überraschung über diese Ankündigung war groß, zumal man so etwas bis heute geradezu für unmöglich gehalten hatte. Außer Litwinow sind sämtliche Russen von Genf abgereist.

Wie man in Genf vermutet, möchte Chamberlain gegenüber der erstarrenden Arbeiterpartei in England den Fehler des Abbruchs mit Russland wieder gutmachen. Russland aber habe wirtschaftliche und allgemeine Gründe dafür, mit England wieder auf annehmbaren Boden zu treten.

Litwinow und Chamberlain.

Aber die Zusammenkunft zwischen dem russischen Volkskommissar Litwinow und dem englischen Staatssekretär des Äußeren, Chamberlain, wurde von englischer Seite folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„Nachdem Herr Litwinow Sir Austen Chamberlain um eine Besprechung gebeten hatte, fand im Hotel „Beau Rivage“ eine Zusammenkunft zwischen beiden Ministern statt. Die Unterredung gab Gelegenheit zu einem freimütigen Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen den Regierungen von Sowjetrußland und Großbritannien. Insbesondere zeigte es sich nicht als unmöglich, während des Verlaufs dieser Besprechung zu irgendeiner Grundlage für eine Vereinbarung zu gelangen.“

Litwinow erklärte auf eine Frage der Journalisten kurz, daß er „nichts Interessantes“ sagen könne.

Die Unterredung Chamberlain—Litwinow.

Genf, 5. Dezember. Das Kommuniqué über die Unterredung zwischen Litwinow und Chamberlain hat allgemein großes Aufsehen erregt. Es wird vielfach dahin interpretiert, daß die englische Regierung vorläufig noch keine Aenderung in ihrer Haltung gegenüber der Moskauer Regierung für möglich ansieht.

Über den Inhalt der Unterredung werden von gut informierter Seite folgende Mitteilungen gemacht: Chamberlain soll in der Unterredung Litwinow den bekannten Standpunkt der englischen Regierung in großen Zügen dargelegt haben. Die englische Regierung sei nach wie vor bereit, in neue Verhandlungen mit der Moskauer Regierung einzutreten, jedoch müsse die englische Regierung als Grundvoraussetzung einer Neuregelung der Beziehungen die Forderung auf völlige Einstellung der kommunistischen Propaganda im gesamten Osten, insbesondere in China und Nordwestindien, stellen. Die englische Regierung habe eindeutige Beweise in der Hand, daß die propagandistische

Tätigkeit der dritten Internationale in voller Uebereinstimmung mit der Moskauer Regierung erfolge. Solange die kommunistische Propaganda nicht restlos eingestellt werde, sei eine Neuregelung der englisch-russischen Beziehungen nicht denkbar.

Mussolini wünscht eine Unterredung mit Briand.

Paris, 6. Dezember. Wie der Intransigent berichtet, hat der italienische Delegierte Scialoja Briand offiziell mitgeteilt, daß Mussolini eine persönliche Unterredung über die französisch-italienischen Beziehungen mit ihm wünsche. Briand habe der Einladung zugestimmt. Ueber den Zeitpunkt der Zusammenkunft sei dagegen nichts beschlossen worden.

Polen—Litauen.

Nach den Besprechungen über die Regelung der polnisch-litauischen Frage verläutet sich der Eindruck, daß deren Regelung, d. h. hauptsächlich die Aufhebung des für den ganzen europäischen Osten seit Jahren äußerst bedrohlichen Kriegszustandes zwischen Litauen und Polen und die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen, nur noch des formellen Abschlusses bedarf.

Wenn auch mit einem Vorbehalt Litauens in bezug auf seine Ansprüche auf das Wilna-gebiet gerechnet werden muß, so wird in Genfer politischen Kreisen doch die Auffassung vertreten, daß der Aufnahme der normalen Beziehungen zwischen Polen und Litauen entscheidende Bedeutung für die Verhütung der Ostlage zukommt, und man gibt sich der Hoffnung hin, daß die volle Wiederherstellung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Litauen daraus resultieren wird. Die juristische Formulierung der geplanten Lösung wird die Aufgabe eines Fünferkomitees sein, in dem England, Frankreich, Italien und Japan durch ihre juristischen Berater vertreten sein werden. Deutschland, dessen Haltung in dieser Streitfrage und dessen Interesse an der Wahrung der Souveränität Litauens bekannt sind, ist bereit, in diesem Ausschuss mitzuwirken.

Die Ratmitglieder und Russland über die Lösung des polnisch-litauischen Konflikts prinzipiell einig.

Genf, 5. Dezember. Von maßgebender Seite erzählt die T. L., daß in den Verhandlungen des heutigen Tages zwischen den führenden Ratmitgliedern eine Einigung über die Lösung des litauisch-polnischen Konflikts in großen Linien erzielt worden ist. Jedoch steht noch die endgültige Stellungnahme der litauischen Regierung aus. Nach der Einigung soll zunächst im Völkerbundsrat in erster Lesung eine Erklärung seitens Litauens erfolgen, nach der der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen als beendet angesehen wird. Hieraus sollen weitere direkte Verhandlungen zwischen Polen und Litauen eingeleitet werden, worauf dann in zweiter Lesung auf der Märztagung des Völkerbundesrates die Beziehungen zwischen Polen und Litauen endgültig festgelegt werden. Dieser Regelung hat auch die sowjetrussische Delegation ihre Zustimmung erteilt. Von polnischer Seite wird gegenwärtig lediglich gefordert, daß die Regelung der Beziehungen zwischen Polen und Litauen in Etappen vorgenommen werde.

Wie weiter mitgeteilt wird, dürfte nunmehr feststehen, daß Marshall Pilsudski am Freitag in Genf eintreffen und die polnische Regierung im Völkerbundsrat vertreten wird. Somit werden die polnisch-litauischen Verhandlungen im Völkerbundsrat voraussichtlich erst Ende der Woche beginnen. Der litauische Ministerpräsident Waldemaras hat im Laufe des heutigen Abends längere Unterredungen mit Chamberlain, Briand und Litwinow sowie eine einstündige Unterredung mit Dr. Stresemann geführt. Man rechnet gegenwärtig vielfach damit, daß die gegenwärtige Tagung des Völkerbundsrates bereits am Sonnabend zu Ende gehen wird.

Um die Besoldungsvorlage.

Erledigung noch vor Weihnachten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat nach mehrträgiger Pause wieder zusammen, um die zweite Lesung der Besoldungsvorlage vorzunehmen. Man trat zunächst in die Beratung der Frage der Ministerialzulagen ein. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach eine Erhöhung der Ministerialzulagen über den Stand vom 1. April 1927 hinaus weder beim Inkrafttreten des Besoldungsgesetzes noch durch den nächsten Haushaltsplan erfolgen darf.

Im übrigen verläutet, daß die Koalitionsparteien im Reich beschließen haben, die Besoldungsvorlage noch vor Weihnachten zu erledigen, so daß die Besoldungsreform noch vor den Feiertagen geregelt werden dürfte. Der Plan, die Erhöhungen vorläufig nur zu 75 Prozent auszubahlen, soll wieder fallen gelassen sein.

Für eilige Leser.

* Nach einer Straßburger Meldung des Matin hat der Baron Klaus v. Bulach im Zusammenhang mit den vorgenommenen Verhaftungen von elsässischen Autonomisten an den Präsektion vom Unterhein einen Brief gerichtet, in dem er erklärt, sich vom politischen Leben zurückzuziehen und ein lokaler französischer Bürger zu werden. — Eine Bestätigung dieser Meldung fehlt noch.

* Wie aus Schanghai gemeldet wird, werden die Yangtsepiraten den von ihnen entführten englischen Kapitän Vellod für ein Lösegeld von 150 000 Mark am Mittwoch ausliefern.

* Wie aus Sidney gemeldet wird, steht der australische Schiffsahrtstreik vor dem Abbruch. Die Reederei und die Vertreter der Gewerkschaft haben eine Konferenz zur Beilegung des Konflikts einberufen.

Das deutsche Vorkriegseigentum in Nord-Amerika.

Von Arthur Smarzly.

Am 15. Dezember tritt der Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika zusammen. Unter den zahlreichen Gesetzentwürfen und Anträgen, die ihm vorliegen werden, befindet sich wiederum die sogenannte Green-Bill, die das während des Krieges in der Union beschlagnahmte deutsche Privateigentum bis zu 80 Prozent zurückgeben will. Die restlichen 20 Prozent sollen aus den amerikanischen Jahresanteilen der Dawes-Zahlungen gedeckt werden. Für die Ausübung der einbehaltenen deutschen Patente, Schiffe und Radiostationen sieht die Bill außerdem eine Pauschalentschädigung in Höhe von hundert Millionen Dollar vor. Die Green-Bill ist zwar in der vorigen Session vom Repräsentantenhaus angenommen, aber von der anderen gesetzgebenden Körperschaft, dem Senat, aus parteitaktischen Gründen verschleppt worden, so daß sie erneut eingebracht und beraten werden muß. Die Aussichten ihrer endgültigen Verabschiedung in diesem Tagungsabschnitt haben sich insofern etwas gebessert, als der Bill der Charakter der Ueberparteilichkeit (Nonpartisan-Bill) verliehen worden ist. Auch die Regierung will das Gesetz mit allen Mitteln unterstützen.

In Deutschland wird die Bedeutung der Freigabe noch stark unterschätzt. Es ist richtig, daß die Anzahl der Industrieunternehmen aller Art, Banken, Versicherungsgesellschaften und Privatpersonen, die aus der Freigabe direkten Nutzen ziehen, verhältnismäßig klein ist. Die Beträge, um die es sich dabei handelt — bei einer nur sechzigprozentigen Auszahlung erreicht die Gesamtsumme immer noch einige hundert Millionen Dollar — fließen aber zum Teil in Devisen der deutschen Wirtschaft zu, die damit ihre Rohstoffkäufe für längere Zeit bezahlen kann, ohne die hochverzinslichen Auslandsanleihen in Anspruch nehmen zu müssen. Die Summen, die bei der Freigabe für einzelne Gesellschaften in Betracht kommen, sind sehr beträchtlich. Es sollen hier nur einige Beispiele herausgegriffen werden. So schätzt der Norddeutsche Lloyd sein beschlagnahmtes Eigentum auf rund 80, die Hamburg-Amerika-Linie auf 50, die Flensburger Dampfer Co. auf 6 Millionen Mark. An der Spitze der Großbanken steht die Berliner Handelsgesellschaft mit einer Forderung von 22 Millionen. Eben so viel verzeichnet die Schokoladenfabrik Stollwerck; 5,3 Millionen die Chemische Fabrik Heyden, 7 Millionen die Kammergarnspinnerei Stöhr. Mit größeren Guthaben erscheinen die bekannten Firmen Orenstein & Koppel, die Maschinenfabrik Humboldt, die Gesellschaft für Lindes Eismaschinen, ferner fast alle Großbanken, verschiedene Zementfabriken, Versicherungsgesellschaften und einige hundert Privatpersonen. Die Freigabe könnte die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft für längere Zeit wesentlich erleichtern.

Mit der Kennzeichnung der Bill als überparteilich sind aber die Gegensätze zwischen den Freunden und Gegnern der Freigabe noch lange nicht überbrückt. Die Ansichten gehen heute noch genau so weit auseinander wie im Vorjahre. Die Freigabe ist an und für sich rein politischer Natur und wird von den Befürwortern in der Hauptsache mit politischen Argumenten verteidigt. Sie ist der Ausdruck des Grundgesetzes von der Unantastbarkeit des Privateigentums, der in Amerika sehr hohe Bedeutung besitzt. In der Union spielen aber stärker als anderswo in alle politischen Angelegenheiten wirtschaftliche Rücksichten und Bedenken hinein. Die Gegner der Bill sitzen vornehmlich in den Kreisen der Industriellen, die an der Einbehaltung der deutschen Patente stark interessiert sind. Besonders scharfen Widerstand findet die Entschädigung an die deutschen Schiffahrtsgesellschaften. In der internationalen Seeschiffahrt rüstet man nämlich zu einem Tarifkampf. Die Bündnisse, die der Krieg und der Friedensvertrag der deutschen Handelschiffahrt schlugen, sind zwar noch lange nicht geheilt, aber der jähe Panzergang erobert sich seine alte Stellung im Seeverkehr allmählich zurück: der deutsche Anteil am Personen- und Frachtverkehr zur See wächst von Jahr zu Jahr. Die Ausschaltung der deutschen Handelschiffahrt hat aber den amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften großen Nutzen gebracht: diese